

Kultur macht in der Krise ihren Gestaltungsanspruch geltend

Interview mit der Obfrau im Kulturausschuss für Bündnis 90 / Die Grünen



Awet Tesfaiesus MdB ist Obfrau für Bündnis 90 / Die Grünen im Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag

KuMi: Liebe Frau Tesfaiesus, Sie sind nun schon fast ein Jahr Mitglied im Deutschen Bundestag. Welche kulturpolitischen Schwerpunkte hat sich Ihre Fraktion für die aktuelle Legislaturperiode gesetzt und was konnte bereits realisiert werden?

Zuerst einmal ist es für die Kultur und ihre Vielfalt ein großes Glück, dass wir seit nunmehr neun Monaten mit Claudia Roth eine Grüne Staatsministerin im Kanzleramt haben, die das Verständnis teilt, dass Kultur mehr umfasst, als nur das, was gelegentlich unter »Hochkultur« verstanden wird. Denn Kultur findet auch niedrigschwellig statt, wenn Menschen beispielsweise eine Bibliothek besuchen oder im Nachbarschaftszentrum ein Poetry Slam aufgeführt wird. Auch die so genannte »Kleinkunst« ist Kultur. Mit Claudia Roth ist es nun eine Frau im Amt, die das Leben in und mit der Kultur glaubhaft verkörpert und eine Erfahrung mitbringt, die ihresgleichen sucht.

Den Stellenwert, den wir GRÜNE der Kultur einräumen, kann man bereits im Koalitionsvertrag ablesen. Dort haben wir insbesondere durchgesetzt, dass wir Kultur in ihrer Vielfalt als Staatsziel verankern wollen. Damit wird der Staat verpflichtet, unsere vielfältige Kulturlandschaft besonders zu schützen und

zu fördern – finanziell, aber auch durch geeignete weiteren Maßnahmen.

Zur Vielfalt gehört aber auch, dass wir Kultur nicht nur als etwas begreifen, dass in urbanen Räumen passiert. Wir möchten der Kultur Möglichkeitsräume auch auf dem Land erstreiten. Stärken wollen wir auch Aspekte wie Diversität, Barrierefreiheit und Nachhaltigkeit in der Kultur.

Ein weiterer Schwerpunkt ist, die Dekolonialisierung unserer Museen voranzutreiben. Es freut mich daher, dass in diesem Sommer bereits die Restitutions von zahlreichen geraubten Benin-Bronzen an den Staat Nigeria erfolgen konnte. Die Aufarbeitung weiterer Unrechtsbestände und -sammlungen und der Aufbau einer Erinnerungskultur muss sich anschließen.

KuMi: Sie haben Ihre Amtszeit in einer Zeit multipler Krisen begonnen. Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage? Wo sehen Sie die größten Herausforderungen?

Ich denke, dass es falsch ist, die Lage in vermeintlich unterschiedliche Krisen aufzuteilen. Darin liegt nämlich die Gefahr, diese als losgelöst von einander zu verstehen und die Interdependenzen zu übersehen. Meines Erachtens steht die Menschheit mitten in einer globalen und zivilisatorischen Krise. Ich finde, es

geht um nicht weniger als einen existenziellen Behauptungskonflikt. Wird die Menschheit eine Klimakatastrophe überleben? Und wenn ja, in welcher Weise wird sich menschliches Zusammenleben dann noch organisieren lassen?

Die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass unsere Enkelkinder gute und gerechte Lebenschancen haben, aber es ist keine hinreichende Voraussetzung für ein gutes und gerechtes Leben. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Klimabeschluss völlig richtig beschrieben. Die Vernunft von heute ist die Freiheitsgarantie von morgen. Das gilt so auch für die Freiheit der Kultur.

Die Corona-Pandemie hat die Kultur und die Menschen, die sie schaffen, in eine beispiellose Krise gestürzt. Während die Lage bereits vorher vielerorts prekär war, wurde die Pandemie zu einer existenziellen Bedrohung für die Vielfalt der kulturellen Angebote.

Dass sich nun noch ein fossiler Aggressor motiviert sieht, die globale Freiheit in der Ukraine zu bedrohen, ist eine weitere Herausforderung.

Aber – das ist mir wichtig – Kultur hat in der Krise eine Stimme gefunden, um ihren Gestaltungsanspruch geltend zu machen.

Eine zittrige Stimme vielleicht zunächst, mit dem Musizieren vom Balkon, mit Wandbildern, mit einem Theater unter freiem Himmel. Aber dann waren da auch Museen, die zu Sehensuchtsorten in Lockdown-Pausen wurden. So ging es zumindest meiner Familie. Dies war meines Erachtens ein neuer, qualitativer Beitrag der Kultur zur Gesellschaft. Ich möchte dafür arbeiten, dass die Gesellschaft diese neue Stimme der Kultur hört und Kultur nicht mehr zum Opfer einer Krisenpolitik wird, sondern als Mittel zur Lösung verstanden wird.

KuMi: Welche Folgen hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine für den Kulturbereich? Wird es aufgrund der Energiekrise einen weiteren Lockdown geben?

Der russische Angriffskrieg wird auch für uns in Deutschland spürbare Folgen haben. Er führt zu einer Energieverknappung, die für uns alle eine Herausforderung darstellt. Alle – auch die Kulturbranche – sind aufgerufen, ihren Energieverbrauch zu reduzieren und nach Einsparpotentialen zu suchen.

Ziel muss es aber sein, die Funktionsfähigkeit von Kultureinrichtungen zu erhalten. Zu den Lehren aus der Corona-Zeit gehört, was es mit Menschen macht, wenn Kultureinrichtungen geschlossen werden und auch Gemeinschaft nicht mehr erlebt werden kann. Niemand weiß, was die Zukunft bringt, aber sofern es irgendwie möglich ist, gilt es, Kultureinrichtungen trotz der Herausforderungen offen zu halten. Zur Not behalte ich dafür auch gern den Mantel während der Vorstellung an.

Feststeht aber, dass die Art und Weise wie wir leben, sich verändern wird. Nicht nur wegen Corona und Krieg in der Ukraine, sondern auch wegen der Klimakrise. Die vorherige Bundesregierung hat hier zu lange weggeschaut. Wenn wir nicht zügig die Weichen stellen und mindestens das 1,5-Grad-Ziel einhalten, dann wird das fatale Folgen haben. Und diese werden alle Bereiche unseres Lebens betreffen. Steigende Meeresspiegel und Desertifikation gibt es dann nicht nur im globalen Süden, sie finden vor unserer Haustür statt.

KuMi: Durch den Krieg wird derzeit weniger über die Klimakrise gesprochen. Ihre Fraktion setzt sich für ein Green Culture Desk ein, das auch im Koalitionspapier steht. Was ist hier genau geplant?

Das deckt sich überhaupt nicht mit meiner Wahrnehmung. Durch den Angriff auf die Ukraine wurde doch erst deutlich spürbar, welche Bedeutung Klimaschutz und Energiepolitik für unsere Gesellschaft haben. Zudem machen gerade jetzt der extrem trockene Sommer, immer häufigere Waldbrände und ausgetrocknete Seen und Flüsse die Klimakrise unübersehbar. Die aktuelle Lage und die sich zuspitzende Energiekrise ist Resultat schlechter Klimapolitik und zeigt deutlich auf, wie eng Klima- und Energiepolitik zusammenhängen.

Jetzt gilt es, gemeinsam aus der Krise herauszukommen. Dafür muss jede Branche ihren Beitrag leisten. Der Kulturbereich geht seit Jahren mit innovativen Beispielen im Klimaschutz voran. Wir wollen die Kulturlandschaft mit einer zentralen Anlaufstelle, dem Green Culture Desk, unterstützen. Dort sollen Kompetenzen, Wissen, Datenerfassung, Beratung und Ressourcen für die ökologische Transformation gebündelt angeboten werden. Und wir müssen das Rad hier auch nicht neu erfinden, viele Ideen sind da und brauchen nur etwas Unterstützung, damit sie umgesetzt werden. Daher ist es begrüßenswert, dass im Haushalt 2021 erstmals Gelder für die ökologische Transformation der Kultur- und Kreativbranche eingestellt worden sind.

KuMi: Wir erleben gerade einen Publikumschwund in vielen öffentlich geförderten Einrichtungen. Wo sehen Sie die Probleme und welche Weichenstellungen sind nun notwendig?

Ich halte nichts davon, sich an einer vermeintlichen L'art pour l'art-Haltung abzuarbeiten. Es gibt einen Kernbereich der Kunst, dem eine Zweckfreiheit zusteht. Bei dem Kulturbetrieb sehe ich das aber nicht ganz so: Dieser muss sich auf die Menschen hin ausrichten und ihnen auf Augenhöhe begegnen. Kulturbetriebe müssen sich Gedanken machen, wie sie für breitere Teile der Gesellschaft attraktiv und auch relevant sein können. Wie können Kultureinrichtungen die Bevölkerung in ihrer ganzen Vielfalt erreichen und sich auf eine Gesellschaft einstellen, die sich stark verändert hat? Wie divers sind ihre eigenen Strukturen? In diesen Fragen und Herausforderungen sehe ich auch große Chancen für Kultureinrichtungen. Die Institutionen stehen vor der Wahl, diese Aufgabe anzunehmen oder weiter dazusitzen und auf bessere Zeiten hoffen.

KuMi: Welche Themen müssen aus Ihrer Sicht noch auf die Agenda der Bundeskulturpolitik?

Schauen Sie auf die letzten Jahre und die Gegenwart: Ich finde, dass es uns wahrlich nicht an Themen mangelt. Dazu gehört beispielsweise auch die soziale Lage von Kulturschaffenden – auch jenseits der Pandemie. Es macht uns als Gesellschaft ja unglaublich, wenn wir immer wieder betonen, welchen Wert die Kultur für die Gesellschaft und eine starke Demokratie hat und wir dann die Augen davor verschließen, wie prekär die Lage vieler Kunstschaffender tatsächlich ist. Deshalb ist es – wie bereits gesagt – so wichtig, die Kultur als Staatsziel zu verankern.

Wir müssen uns ferner weiterhin mit dem Thema Diversität sowie Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbereich auseinandersetzen – in der Kulturproduktion und -förderung, darüber hinaus im Blick auf die Repräsentation in Gremien. Auch in der Kultur fehlt aktuell das Bewusstsein dafür, dass über 25 Prozent der Bevölkerung dieses Landes einen sogenannten »Migrationshintergrund« haben. Deren Perspektiven müssen sich auch in Kunst und Kultur wiederfinden – sowohl auf der Seite der Kulturschaffenden als auch beim Publikum. Da geht es letztlich um individuelle Relevanz und Teilhabechancen.

Als großes Thema sehe ich in diesem Zusammenhang auch die Aufarbeitung des Kolonialismus. Diese gehört für mich als interdisziplinäres Thema auf die politische Agenda und hört nicht mit der Rückgabe von geraubten Objekten auf. Vielmehr geht es um die Dekolonialisierung des Denkens. Diese Epoche der deutschen und europäischen Vergangenheit wird äußerst unzureichend in Schulen vermittelt. Diese Vergangenheit, die uns bis heute stärker prägt, als vielen bewusst ist, gilt es, zunächst zu begreifen und zu erkennen. Nur dann kann ein Prozess gelingen, in dem wir unsere gemeinsame Zukunft verhandeln. Ich meine, es ist auch die Aufgabe des Kulturbetriebs, hierfür einen Diskussions- und Resonanzraum zu bilden. Das mag un bequem scheinen, aber es bleibt doch die Erkenntnis: wann, wenn nicht jetzt und wo, wenn nicht dort?

Die Fragen für die Kulturpolitischen Mitteilungen stellte Dr. Henning Mohr. ■